

Auch die längste Bank hat ein Ende

Vor fast zwei Jahren, am 29. Januar 2010, überreichte der Vorsitzende der ISOR e.V. Horst Parton dem Petitionsausschuss des Bundestages die mit 73.500 Unterschriften gestützte Petition unserer Gemeinschaft zum Rentenstrafrecht.

Je nach Betrachtungsweise ist das ein kurzer oder langer Zeitraum; gemessen an 20 Jahren ISOR ist er doch relativ kurz.

Vielen von uns wird er aber lang vorkommen. Da ist verständliche Ungeduld, auch weil bereits viele unserer Mitglieder »die Rentenstrafe mit ins Grab nahmen« (Horst Parton in **ISOR aktuell** 7/2010). Aber niemand wird wohl erwartet haben, dass unsere Petition eine sofortige Änderung der gegenwärtig herrschenden Rechtslage in unserem Sinne bewirkt. Im Gegenteil: Ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 erklärte die Rentenkürzung für ehemalige Minister der DDR und ihre Stellvertreter gem. § 6 Abs.2, Ziff. 4 AAÜG für verfassungsgemäß und erklärte, beiläufig nebenher, dass dies auch für andere im § 6 Abs. 2 aufgeführten Personengruppen zutreffen könnte. Denn Verfahrensgegenstand war ja nur Klärung der Gruppe Ziff. 4. Dementsprechend ist ja auch der Beschluss ausgefertigt. Manche Instanzgerichte legen diesen Beschluss allerdings so aus, als sei damit für alle im § 6 Abs. 2 AAÜG genannten Personengruppen Klarheit geschaffen, das Rentenstrafrecht sei verfassungskonform.

Die für den 10. November 2011 anberaumte, dann aber abgesetzte Bundestagsdebatte über das von der Koalition für diese Legislaturperiode verkündete »einheitliche Rentensystem in Ost und West« und die Stellungnahme der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD am 13. April 2011, wonach die 88,7 % des Ostrentenniveaus gegenüber dem Westen bereits ein Positivum sei, laden zunächst nicht zu einem optimistischen Höhenfeuerwerk ein.

Die Bereichsleiterin für Sozialpolitik in der Bundesverwaltung von ver.di, Judith Kerschbaum, die am 7. November 2011 am Symposium zum Rentendialog teilgenommen hatte, bestätigte in einem Interview mit der »Mitteldeutschen Zeitung«, man habe bei der Frage nach einer Ost-West-Rentenangleichung nur »müde

gelächelt«. Und dennoch ist hinter den grauen Wolken der (Straf-)Rentenpolitik einiges geschehen. Hartnäckig blieb die Fraktion der Partei DIE LINKE am Ball und ließ sich durch die zunächst erfolgte Abweisung ihrer 19 Anträge zur Rentenpolitik einschließlich des Rentenstrafrechts nicht den Wind aus den Segeln nehmen. Stets verwies sie auf den Missbrauch des AAÜG durch willkürliche Eingriffe in die Rentenformel. Wer hören wollte, der hatte gehört. Und so war es also für die Vertreter aller Fraktionen des Bundestages kein neues Thema, als am 08. November 2010 Horst Parton während der Anhörung vor dem Petitionsausschuss eindrucksvoll auf die Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts hinwies.

Nun entdecken auch Grüne und SPD eine wachsende Unzufriedenheit im Osten über die mehr passive als aktive Rentenpolitik der Bundesregierung. Die SPD fasste sie in einer Großen Anfrage am 13.04.11 in kritische Worte. Ist es weit hergeholt, dass 73.500 Unterschriften, man könnte sie auch als potenzielle Wählerstimmen betrachten, bei dieser Großen Anfrage eine gewisse Rolle gespielt haben könnten? Sind die in der Anfrage enthaltenen Aussagen nicht auch auf Argumente von ISOR gestützt, wenn es heißt: »Von großen Teilen der ostdeutschen Öffentlichkeit wird dennoch **zu Recht kritisiert, dass Anwartschaften** einzelner Berufsgruppen **aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen** bisher nur unzureichend im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erfasst werden. Dies hat seit Anbeginn **zu Protesten, Petitionen und nicht zuletzt Klagen durch alle gerichtlichen Instanzen geführt.**« (Hervorhebungen **ISOR aktuell**)

Nun ist eine SPD in der Opposition in einer anderen Lage, als sie davor war. Es ist nicht bekannt, dass während der rot-grünen Regentschaft soziale Barmherzigkeiten übers Volk ausgegossen wurden, siehe Agenda 2010, Hartz IV etc. Oft genug hat diese Partei schon den Mund gespitzt, ohne zu pfeifen. Aber es kann ja immerhin sein, dass sich zu dieser oder jener Frage neue Ansichten durchsetzen. Das darf zu keinen abgehobenen Illusionen führen.



**Vorstand, Geschäftsstelle
und Redaktion wünschen
allen Freundinnen und
Freunden sowie allen
Sympathisantinnen und
Sympathisanten Gesundheit,
schöne Weihnachts-
feiertage, einen friedvollen
Übergang ins neue Jahr
sowie Optimismus und
Standhaftigkeit**

Die jüngst abgesetzte Bundestagsdebatte ist wohl ein deutliches Signal für die Konzeptionslosigkeit der Koalition nicht nur in dieser Frage. Immer wieder, so auch hier, irrlüchert die Politik durch den Nebel und muss sich von den Gerichten sagen lassen, wie die von ihr beschlossenen Gesetze anzuwenden sind. So kommt es, dass nicht die gewählten demokratischen Instanzen die Wegweiser sind. Zunehmend und als letzte Möglichkeit gestalten die Senate der Gerichte die Politik. Am 14. Dezember dieses Jahres wird vor dem Bundessozialgericht in Kassel in vier Verfahren zu § 7 AAÜG verhandelt.

In unserem Kampf um Rentengerechtigkeit stützen wir uns auf bewährte Bundesgenossen im Parlament und außerhalb davon. Partnerschaften für bestimmte Wegabschnitte schließen wir nicht aus. Wir wissen um die Mühen und Zeiten, die manch klein erscheinender Schritt kostet.

Auch die längste Bank hat ein Ende. □

Grundgesetz und Gesetzgebung

Diskriminierung bis zum jüngsten Tag?

Herbert Kranz, Mitglied des Vorstands

Jetzt bis 2019 – 30 Jahre Überprüfung, Verfolgung und Verurteilung von DDR-Bürgern – ein an Absurdität nicht zu überbietender Höhepunkt im Umgang mit der DDR-Vergangenheit.

Politik und Medien in diesem Lande haben nunmehr seit Wochen ein urplötzlich bekannt geworden Problem – es gibt Rechtsterrorismus in Deutschland. Im Zeitalter der fast totalen Überwachung und umfangreicher Antiterrorgesetze hat das, wie man sagt, keiner bemerkt. Die Suche nach den Schuldigen sowie die umfassende Aufklärung der Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« soll eingeleitet worden sein. Erste Schuldige hat man bereits im Visier – den Verfassungsschutz. Dem wird nun angelastet, dass sein Bundesamt personenbezogene Akten über Neonazis schon nach fünf Jahren gelöscht hat. Unglaublich – Akten gelöscht! Aber warum gerade diese? Dabei sind doch gerade »Akten« die wichtigste Grundlage für politische Entscheidungen, polizeiliche und geheimdienstliche Ermittlungen und, als Sonderfall, für die »Aufarbeitung des DDR-Regimes.«

Es entbehrt also nicht einer gewissen Ironie, wenn die Akten rechter Terroristen, die jahrelang raubend und mordend durch Deutschland gezogen sind, aus welchen Gründen auch immer, für die Aufklärung dieser unglaublichen Verbrechen nicht mehr zur Verfügung stehen, während noch vor einem Monat Bundestag und Bundesrat die außerordentliche Bedeutung und die Nutzung von Akten der Gauck-Birthler-Jahn-Behörde für die Gewährleistung der Demokratie in diesem Land hervorgehoben und ihre Verwendung für weitere, auf insgesamt 30 (in Worten: dreißig), Jahre in der nunmehr 8. Novelle des »Stasi-Unterlagengesetzes« festgeschrieben haben.

Also auch 20 Jahre nach dem organisatorischen Vollzug der deutschen Einheit wird mit dieser Novelle der Verfolgungswahn der sogenannten Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit fortgesetzt. Durch Überprüfungen, die in Wahrheit der Denunziation, der öffentlichen Bloßstellung und schließlich der Verdrängung der Betroffenen aus dem öffentlichen Leben und ihrer sozial-ökonomischen Existenzbeeinträchtigung dienen und ihren schlimmsten Ausdruck im Missbrauch des wertneutralen Rentenrechts als Strafrecht mit einer Straffrente für tausende Betroffene finden.

Mit unglaublichem Eifer, riesigem finanziellen Aufwand und einer eigens dafür geschaffenen Behörde mit mehreren tausend Mitarbeitern soll auch im nächsten Jahrzehnt verhindert

werden, dass ein »IM« Vizebürgermeister selbst eines kleinen Dorfes wird. Dass Neonazis im Mantel der NPD im mecklenburgischen Landtag sitzen und schon ganze Kommunen beherrschen, scheint dagegen eher weniger interessant zu sein für diejenigen, die dieses Land und seine Demokratie und Verfassung schützen sollen – offensichtlich mit in die falsche Richtung arbeitenden V-Leuten. Ehemalige Mitarbeiter des MfS und deren Inoffizielle Mitarbeiter sollen aber weiterhin »beobachtet« und davon abgehalten werden, nach nunmehr 20 Jahren in dieser Gesellschaft politisch mitzuarbeiten oder irgendwelche Funktionen im öffentlichen Leben einzunehmen. Das novellierte Gesetz enthält sogar eine »Lex-Jahn«, nach der 45 ehemalige Mitarbeiter des MfS, die in den letzten 20 Jahren ihre Pflichten innerhalb der Behörde erfüllt, nun dort ein Beschäftigungsverbot erhalten. Damit wird ein elementarer Grundsatz des Rechtsstaates verletzt, nach dem nach einer bestimmten Zeit sogar rechtswidrige Verhaltensweisen nicht mehr geahndet und Personen nicht mehr geächtet werden dürfen

Dabei interessiert den Gesetzgeber nicht einmal mehr ein aufsehenerregendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 – das so genannte Lebach-Urteil. In diesem Urteil wurden Persönlichkeitsrechte, sogar von Tätern, eindeutig höher bewertet, als das Recht der Medien, zeitlich uneingeschränkt über diese Person und ihre Privatsphäre zu berichten

Ebenso sind verfassungsrechtliche Grundsätze für die Verjährung von Straftaten und Verjährungsfristen durch Sondergesetze für Mitarbeiter des MfS außer Kraft gesetzt und wesentlich längere Verjährungsfristen festgelegt worden.

Die Tätigkeit in staatlichen Einrichtungen und auch für das MfS der DDR erfüllt aber noch nicht einmal einen Straftatbestand und kann selbst nach heutiger Betrachtung höchstens moralisch beurteilt werden. Da es in der dem Zeitgeist folgenden und manipulierten öffentlichen Meinung und Einteilung der DDR-Bevölkerung in »Täter und Opfer« offensichtlich auch heute noch keine vernünftige und realistische historische Betrachtung der Geheimdienste in beiden deutschen Staaten gibt, muss angenommen werden, dass Rechtsfrieden und innere Einheit überhaupt nicht gewollt sind. Der Umgang mit »Akten« ist ein bemerkenswertes Indiz dafür, denn die Offenlegung der Akten des MfS und ihre Jahrzehnte lange Nutzung gegen DDR-Bürger einerseits und die Geheimhaltung

und sogar Vernichtung von Akten des BND und des Verfassungsschutzes andererseits, auch der über Neonazis, zeigen die politischen Ziele des Stasi-Unterlagengesetzes unverhüllt.

Bemerkenswert am Verfahren zur Schaffung der Gesetzesnovelle ist, dass diesmal nur die Koalition dafür stimmte und sich die Opposition im Bundestag der Stimme enthielt oder dagegen stimmte. Selbst bei der SPD ist offenbar die Erkenntnis gereift, dass mit diesem Gesetz verfassungsrechtliche Grenzen überschritten worden sind, denn Herr Thierse hält es für »verfassungsrechtlich bedenklich«. Dies spiegelt sich auch in der Resonanz in den Medien wider, denn trotz intensiver Suche finden sich, mit einer Ausnahme, lediglich Sachinformationen über das Gesetz und seine Behandlung in Bundestag und Bundesrat, aber keine rechtlich fundierten sonstigen Bewertungen. Auf diese Ausnahme möchte ich hier aufmerksam machen. In einem Artikel des an Gerichten aller Ebenen tätigen Rechtsanwalts Dr. Michael Kleine-Cosack, veröffentlicht am 17. November 2011 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Nr. 268, S.8) mit dem Titel: »Geschichtsblind und inhuman – eine deutsche Reinigung« – Untertitel: »Niemals vergessen? Die Neufassung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes verstößt gegen Grundwerte des Rechtsstaates.«

Den Ausführungen und der Analyse der 8. Novelle des Stasi-Unterlagengesetzes durch Herrn Dr. Kleine-Cosack schließen wir uns in vollem Umfang an, denn auch wir sehen in diesem Gesetz einen – Zitat Dr. Kleine-Cosack: »... an Absurdität nicht zu überbietenden Umgang mit der Vergangenheit des DDR-Regimes« – einen weiteren Beweis für die Fortführung des Kalten Krieges im Umgang mit der Geschichte der DDR und ihren Bürgern. □

Von Mitglied zu Mitglied:

Die Geschäftsstelle beabsichtigt, das »Verzeichnis von Ferienwohnungen und Pensionen, die von ISOR-Mitgliedern angeboten bzw. betrieben werden«, in einer 3. aktualisierten Fassung herzustellen. Es soll wie auch die bisherigen Fassungen gegen Einsendung von 1,45 Euro in Briefmarken abgegeben werden. Die Auslieferung soll im 1. Quartal 2012 erfolgen. Interessierte Anbieter, die neu in das Verzeichnis aufgenommen werden möchten, wenden sich bitte an die Geschäftsstelle.

Der Geschäftsführer teilt mit:

Vom 27. bis 30. Dezember 2011 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.



Der Einladung der Vorstände der TIG **Halberstadt, Oschersleben, Wernigerode und Quedlinburg** zur gemeinsamen Feierstunde am 15. Oktober aus Anlass des 20. Jahrestages unserer ISOR waren 70 Freundinnen und Freunde gefolgt. Das Zusammenlegen der TIG zu dieser Feierstunde resultiert aus der jahrelangen traditionellen Zusammenarbeit, die ihren besonderen Wert in der Bündelung aller Kräfte durch die Bildung eines Kuratoriums der Verbände und Vereine des Harzgebietes gefunden hat. So konnten schon wertvolle Veranstaltungen, u.a. mit Bundestagsabgeordneten der SPD und der damaligen PDS, mit Egon Krenz und Rainer Rupp alias Topas durchgeführt werden.

Vertreter des DBwV, der GBM, GRH, BRH und des Traditionsverbandes der NVA nahmen an unserer Festveranstaltung teil. Ein Vertreter der Partei DIE LINKEN des Harzgebietes war ebenfalls anwesend.

Als Gastredner sprach das Vorstandsmitglied und Landesbeauftragte für Sachsen-Anhalt, Dieter Wittstock. Von der Gründung unseres Sozialvereins vor 20 Jahren und den errungenen Teilerfolgen ausgehend, würdigte er die Aktivisten der ersten Stunde, so u.a. Prof. Dr. Axel Azzola, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann und andere. In seinen weiteren Ausführungen gab er eine Bewertung der gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse in der schwarz-gelben Koalition für unseren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts und gegen den weiteren Sozialabbau. Hauptanliegen der Bundesregierung, der Jahnbehörde und der

sog. Opferverbände und selbsternannten Bürgerrechtler ist und bleibt die weitere Delegitimierung der DDR mit dem Hauptangriff auf die Angehörigen ihrer bewaffneten Organe.

Die Angehörigen der versammelten TIG erklärten ihren festen Willen und die Bereitschaft, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die vor uns stehenden Aufgaben weiterhin kämpferisch durchzusetzen. Die Solidarität der Verbände und Vereine des Harz-Kuratoriums ist uns dabei gewiss.

Erich Rogalla



Anlässlich ihrer Gründung vor 20 Jahren, am 26. Juni 1991, führte die TIG von **Berlin-Treptow** am 15.10.2011 ihre Versammlung durch. Erstmals fand die Veranstaltung unmittelbar im Wirkungsgebiet Treptow/Oberspree, in der Begegnungsstätte »Ratz-Fatz«, in einer sehr angenehmen Atmosphäre statt. Vor 123 ISOR-Mitgliedern und dem TAG-Vorsitzenden der GRH in Treptow, Konstantin Brand als Gast, hielt Prof. Dr. Horst Bischoff eine sehr eindrucksvolle Rede. Er würdigte Erfolge unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit und die Beseitigung des Rentenstrafrechtes ebenso, wie er einen realistischen Ausblick auf den weiteren nicht weniger schwierigen Weg gab. Würdigende Worte galten dem einstigen Beitrag der bereits verstorbenen Mitglieder unserer TIG, die uns auf diesem Weg nicht mehr begleiten können. 32 Genossen wurden für ihre aktive Arbeit in Funktionen der TIG und das enge Zusammenwirken mit anderen Sozialverbänden und der Partei DIE LINKE mit Buchpräsenten ausgezeichnet. In den viel-

fältigen Aktivitäten unserer Mitglieder, in der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden im Kampf um soziale und Rentengerechtigkeit liegt die Kraft, die erforderlich ist, unseren opfervollen Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechtes weiterzuführen. Unrecht kann und darf nicht unter den Tisch gekehrt werden. Wir wissen dabei sehr viele der Angehörigen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung der DDR, deren Rentenstrafrecht bereits aufgehoben werden musste, an unserer Seite, wie das auch in der Protestveranstaltung des OKV unter der Losung: »Die Würde des Menschen ist unantastbar« am 3. Oktober 2011 zum Ausdruck kam. Sehr kritisch wurden die Wahlergebnisse in Berlin und speziell in Treptow ausgewertet. Vor allem die Beteiligung an der Wahl stand zur Diskussion. Mit der Nichtteilnahme daran, wie es sich in unserem unmittelbaren Kiez in erschreckender Weise zeigte (39,4 % Wahlbeteiligung), werden keine der heutigen Probleme gelöst werden, war eine der geäußerten Meinungen.

Wilhelm Schönheit



Die Mitglieder der TIG **Wismar** blickten am 14.10. anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Gruppe in einer festlichen Zusammenkunft auf den seither zurückgelegten Weg zurück. Sie hatten sich dazu das Mitglied des Vorstands und Landesbeauftragten von MV Siegfried Felgner eingeladen, der zum Thema »20 Jahre ISOR – 20 Jahre Kampf um soziale Rechte« sprach und dabei sowohl Rückschau hielt auf den schwierigen Weg im Kampf um Rentengerechtigkeit, auf errungene Erfolge und erlittene Rückschläge, als auch im Blick nach vorn die nächsten Schritte und deren Aussichten erläuterte. Siegfried Felgners informativer Vortrag fand allgemeine Zustimmung. Sein Auftreten bei uns war insofern symbolträchtig, als er es war, der vor 20 Jahren die Gründungsaktivisten im Vorfeld beriet und auch bei unserer Gründungsversammlung schon den damals noch wenigen Versammelten die Ziele und Aufgaben von ISOR erläuterte. Inzwischen ist unsere TIG trotz vieler verstorbener Mitglieder, darunter »Aktivisten der ersten Stunde«, auf mehr als 90 Mitglieder angewachsen und konnte dank aktiver Mitgliederwerbung dieses zahlenmäßige Niveau halten. Unser Freund Alfred Mauch hatte daran besonderen Anteil; er wurde mit einer Buchprämie gewürdigt.

Lutz Tannhäuser



Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens von ISOR e.V. versammelten sich Mitglieder der TIG **Neustrelitz**, ihre Ehe- bzw. Lebenspartner und Gäste am 22. Oktober zu einer festlichen Veranstaltung.

In seiner Ansprache würdigte der Vorsitzende den jahrzehntelangen Kampf von ISOR um die Beseitigung des Rentenstrafrechtes und der Rentenungerechtigkeit gegenüber den ehemaligen Bürgern der DDR. Dabei hob er hervor, dass

» >>> Fortsetzung auf Seite 4

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand stellte fest, dass die Beratung vom 09.11.2011 mit Vertretern der TIG eine überwiegend positive Resonanz gefunden hat. Vom Angebot der Übersendung des Referates des Vorsitzenden der ISOR auf dieser Beratung wurde bisher mehr als 40 Mal Gebrauch gemacht.



Für den 14.12.2011 hat das Bundessozialgericht in Kassel Termin zur mündlichen Verhandlung zu den vorliegenden § 7 AAÜG betreffenden Revisionen anberaumt. Es verbieten sich Spekulationen über den Ausgang der Verfahren. Das Ergebnis ist abzuwarten und dann die erforderliche Entscheidung zu treffen. Zumindest ist der Weg zum BVerfG frei.

Als Vertreter des Vorstandes werden Horst Parton, Prof. Dr. Horst Bischoff, Dr. Rainer Rothe und Wolfgang Schmidt sowie als Vertreter der Redaktion **ISOR aktuell** Wolfgang Kroschel teilnehmen.



Der Vorstand beriet über die Halbjahresstatistik zur Entwicklung der Mitgliederbewegung für den Zeitraum vom 01.04. bis 30.09.2011. Danach hat ISOR derzeit 21.019 Mitglieder. Die Zahl der Neuaufnahmen ist seit 2007 rückläufig. Das Durchschnittsalter der Mitglieder der ISOR beträgt 71,6 Jahre. In den letzten fünf Jahren sind 2.505 ISOR-Mitglieder verstorben, davon allein 547 im letzten Jahr. Die sinkende Mitgliederzahl führt auch zu sinkenden Einnahmen des Vereins. Auch auf längere Sicht kann aber davon ausgegangen werden, dass alle Aufgaben und Vorhaben der ISOR solide finanziell abgesichert bleiben.

Der Vorstand dankt den mit der Mitgliederstatistik befassten Mitarbeitern der Geschäftsstelle und ihren zahlreichen Zuarbeitern aus den TIG für ihre gewissenhafte und zuverlässige Arbeit.

»»» Fortsetzung von Seite 3

Erfolge erreicht wurden, insbesondere die vom Bundestag beschlossene umfassendste Änderung des AAÜG im Jahre 1996. Dieser Beschluss hatte zur Folge, dass ehemalige Angehörige der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung, der Volkspolizei und der anderen Organe des Mdl vom Rentenstrafrecht befreit wurden. Auch die 2001 vom Bundestag vorgenommene Anhebung der Renten für ehemalige Angehörige des MfS auf das Niveau der Durchschnittsrenten im Osten war ein Ergebnis des unermüdlichen Einsatzes der Mitglieder von ISOR. 2004 bestätigte das Bundesverfassungsgericht das Rentenstrafrecht für diesen Personenkreis mit der Einschränkung einer möglichen erneuten Prüfung nach Klärung der Einkommensverhältnisse und der Qualifikationsstruktur. Ginge es allein um Recht und Gesetz, wäre das Rentenstrafrecht längst beseitigt. Haupthindernis ist der politische Wille der Herrschenden. Es konnten nicht alle Initiativen und Aktivitäten aufgezählt werden, die in den vergangenen 20 Jahren von der Mehrzahl der Mitglieder der TIG ergriffen und realisiert wurden. Besonders hervorzuheben war die Unterschriftaktion für die Petition an den Bundestag. Es wurden 659 Unterschriften für die Abschaffung des Rentenstrafrechts gesammelt. Der Vorsitzende hob hervor, dass Offenheit, gegenseitiges Verständnis und Achtung, vor allem gelebte Solidarität die Werte sind, die uns festigen und nicht verzagen lassen.

Drei Mitglieder der ersten Stunde sowie weitere verdienstvolle Mitglieder wurden mit einer Buchprämie ausgezeichnet. Die Veranstaltung wurde durch die Musik einer Jagdhornbläsergruppe am Beginn der Veranstaltung umrahmt. Die Bläser wurden mit viel Beifall für ihre Musik belohnt.

Wolfgang Schiller

★

Unter der Losung »20 Jahre Kampf gegen Sozialabbau und Rentenstrafrecht« trafen sich die Mitglieder der TIG **Berlin-Köpenick** am 12. November zu ihrer 2. Veranstaltung im Jahr 2011 im Lichtspieltheater UNION in Friedrichshagen. Unsere beiden Redner Prof. Dr. Bischoff und Dr. Rainer Rothe konnten aktuell die Gedanken von Horst Parton, der drei Tage zuvor ein gehaltvolles Referat im Münzenbergsaal hielt, fest mit einschließen. ISOR, so der Tenor, orientierte von Anbeginn seiner Gründung auf eine rechtsstaatliche Auseinandersetzung, die mit politischem Verstand und Augenmaß geführt wurde. Ein besonderer Grund für uns, all jener zu gedenken, die sich als Vorreiter an die Spitze stellten und all derer, die als treue Mitglieder auch in unserer TIG das Ende unseres Kampfes nicht mehr miterleben konnten. Rainer Rothe steckte frei von übertriebenen Erwartungen, aber zugleich auch optimistisch für jeden Teilnehmer die Wegstrecke sichtbar ab. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den kommenden

14. Dezember dieses Jahres, wo im Bundessozialgericht mehrere Verfahren anstehen, auf deren Ausgang wir sehr gespannt sein dürfen. Auch hier sei aber wieder Nüchternheit angesagt. Gleichwie das Ergebnis auch lautet, der weitere Weg nach Karlsruhe bleibt auch hier schon vorprogrammiert.

Besondere Zustimmung fanden auch auf unserer Tagung die ausführlichen Gedanken zum Parteiprogramm der LINKEN, denn mit ihr verbinden uns viele inhaltliche Zielstellungen. »Wir suchen stets das Einende, auch als ISOR-Mitglieder, niemals das Trennende«, so Horst Bischoff. Wenngleich mir und meinen Freunden der TIG manches mitunter arg aufstößt und manche Äußerung einzelner führender Linkspolitiker nicht zusagt. Wir müssen uns trotzdem achtungsvoll begeben. Ich halte deshalb dem Beitrag in der **ISOR aktuell** November 2011 »Ein Programm für die Zukunft« für einen sehr guten Leitfaden für die weitere politische Marschrichtung, immer daran denkend, dass diese und nur diese Partei unsere Probleme im Blick behält und uns in unserem juristischen Kampf auch den nötigen politischen Flankenschutz gibt (siehe erneuten Antrag am 21.09.2011 an den Bundestag). Dieser Gedanke erfuhr auf unserer Versammlung mehrfache Hervorhebung. Es muss ein Markenzeichen von ISOR bleiben, diesen Weg unbeirrt fortzusetzen. Übrigens, das möchte ich anfügen, Klugscheißer kann sie im Moment am wenigsten gebrauchen. Die hat sie in ihren Reihen selbst zur Genüge. Man kann vieles auch ohne »Hau drauf« und mit einem gesunden Schuss Ironie machen, wie das im besagten Artikel den Verfassern gelungen ist.

Unter großem Beifall aller Versammlungsteilnehmer hielten das »Schlusswort« Lina und Sabine vom politischen Kabarett »Charly M.« aus Berlin-Friedrichshain. Das sollte auch ein besonderes Dankeschön für alle im Saal Versammelten sein, als auch für die, die als Betreuer und in anderen gesellschaftlichen Funktionen immer zur Stelle waren und auch weiterhin sind. Unser Vorschlag: Wenn Euch mal so ist, schöpft Kraft und solidarisches Miteinander aus »Avanti Dilettanti« oder »Vorwärts, ihr Stümper«, »Große Schnauze und keen Zahn drin«, usw. So oder ähnlich hören sich ihre Themen an. **Klaus Buchner**

★

118 Mitglieder der 22 TIG aus **Potsdam und der näheren Umgebung** trafen sich am ersten Wochenende im November zu ihrer nun schon traditionellen Vertreter-Jahresversammlung. Besonderer Anlass in diesem Jahr war das 20. Jubiläum der Gründung unseres Sozialvereins ISOR. Als Gast hatten wir uns den Landesbeauftragten für das Land Brandenburg beim ISOR-Vorstand, unseren Vereinsfreund und Genossen Gerd Röseberg eingeladen.

Einleitend schilderte unser Mitbegründer von ISOR in Potsdam, Beiratsmitglied des Vor-

standes, Prof. Dr. Helmut Eck, aus seinen Erinnerungen bei der Gründung des Vereins ISOR in Potsdam. Er habe damals im Bunde mit treuen und mutigen Kampfgefährten einen Weg beschritten in der Zuversicht, vereint und in Solidarität mit anderen Sozialvereinen, den Kampf um soziale Gerechtigkeit mit unterstützen zu können. »Noch haben wir nicht gewonnen, aber wir werden nicht aufgeben« lautete sein Appell an die Mitglieder. Dafür erhielt er herzlichen Beifall, aber auch dafür, als das Vorstandsmitglied Harry Thomas ihm den Dank des Vorstandes von ISOR aussprach und Blumen sowie ein Buchpräsent überreichte. Weitere fünf Mitglieder haben wir geehrt, darunter die Freundin Doris Piele, unsere seit Jahren immer zuverlässige Schatzmeisterin.

Gerd Röseberg würdigte in seinen Ausführungen die 20jährige Tätigkeit des Vereins ISOR, machte auf Besonderheiten, begünstigende und erschwerende Bedingungen des Kampfes um Rentengerechtigkeit im Land Brandenburg aufmerksam. Wir befinden uns jetzt gewissermaßen in einer Art Endphase unseres juristischen Kampfes, das heißt, wir streiten vor dem Bundessozialgericht und streben erneut die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an. Damit sind unsere unmittelbaren nächsten Schritte und Zielstellungen abgesteckt. Das wird nicht leichter als unser bisheriger Kampf. Wir sind aber optimistisch, gut vorbereitet und werden letztendlich auch diese Hürden nehmen wenn wir weiter wie bisher in Solidarität und Verbundenheit zusammenstehen. **Harry Thomas**

*Bei anderen gelesen:***Soziale Sicherheit und aktiv im Alter
Erklärung anlässlich der Seniorenpolitischen Tagung der Volkssolidarität
am 15.11.2011**

Ältere Menschen haben maßgeblichen Anteil an der Gestaltung einer lebenswerten und kulturell vielfältigen Gesellschaft. Sie trugen mit ihrer Arbeit zur heutigen Lebensqualität ebenso bei, wie sie gegenwärtig Verantwortung wahrnehmen – in der Familie, vor Ort, in Vereinen und in der Politik. »Die Alten« sind aktiver Teil unserer Gesellschaft und keine Randgruppe, die sich vorwiegend dadurch auszeichnet, dass sie Fürsorgeleistungen benötigen.

...

Die Volkssolidarität fordert daher von den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern sowie Kommunen ernsthafte Anstrengungen, um **der drohenden Verschlechterung im Niveau der Alterssicherung entgegenzuwirken.**

Wir wollen, dass die Renten nicht auf Armutsniveau absinken, sondern einen der Lebensarbeitsleistung entsprechenden Lebensstandard sichern. Es geht darum, die Ursachen von Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen und sich nicht mit Kosmetik zu begnügen, die Armut billigend in Kauf nimmt. Dazu gehört auch, endlich das Versprechen des Einigungsvertrages von 1990 einzulösen, dass für gleiche Lebensarbeitsleistungen gleiche Renten in Ost und West gezahlt werden.

die Pflege endlich so zu reformieren, dass alle Menschen mit Pflegebedarf die erforderlichen Leistungen erhalten und pflegende Angehörige Erwerbsarbeit und Pflege vereinbaren können.

Wir wollen eine Pflege, die auch für Menschen mit demenziellen, psychischen oder seelischen Erkrankungen alle Leistungen ermög-

licht, die ihnen eine weitgehend selbständige Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erlauben. Das Pflegerisiko muss solidarisch getragen werden und darf nicht auf die Betroffenen und pflegende Angehörige abgewälzt werden.

die gesundheitliche Versorgung wohnortnah und bedarfsgerecht zu sichern und auf solidarischer Grundlage zu finanzieren.

Wir wollen, dass eine gute und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung für alle Bürger unabhängig von ihrem Einkommen gesichert bleibt. Daher setzen wir uns für eine Gesundheitsversicherung ein, an der sich alle Bürger mit ihren Einkünften, einschließlich aus Kapitalvermögen, an der Finanzierung der Gesundheitskosten beteiligen. Eine weitere Privatisierung von Gesundheitsrisiken werden wir auch künftig zurückweisen.

Rahmenbedingungen zu sichern, die aktives Altern fördern.

Wir wollen, dass ältere Menschen vor allem an ihren Lebensorten Bedingungen vorfinden, die ein aktives Altern fördern, den Zugang zu Kultur, Bildung und modernen Medien ermöglichen bzw. erleichtern. Wir wollen, dass ältere Menschen nicht sozial oder kulturell isoliert leben. In den Kommunen und in ländlichen Räumen müssen dazu entsprechende Instrumente genutzt werden, um gemeinsam mit den älteren Bürgern die Infrastruktur zu verbessern. Schwerpunkte dafür sind Barrierefreiheit, bessere Wohnumfeldbedingungen, ein gesicherter öffentlicher Personennah- und fernverkehr, Gesundheitsdienste und Pflegeberatung, preiswerte Kulturangebote und auf die Älteren zugehende Bürgerdienste.

den Rahmen für das zivilgesellschaftliche Engagement der Älteren anzupassen und zu verbessern.

Wir wollen, dass die positiven Änderungen im gesellschaftlichen Altersbild verstärkt aufgegriffen und zielgerichtet für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Älteren genutzt werden. Dazu gehört, die kreativen Potenziale älterer Menschen anzuerkennen und zu fördern, wie Qualifizierung und soziale Kompetenz, angemessene Aufwandsentschädigung und motivierende Formen der gesellschaftlichen Würdigung, die den hohen Stellenwert des Ehrenamtes deutlich ins öffentliche Bewusstsein heben.

mehr Mitbestimmung der Älteren bei den sie betreffenden Lebensfragen zu ermöglichen.

Wir wollen mehr Mitbestimmung der Älteren bei den wichtigen, sie selbst betreffenden Themen in Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen die in den letzten Jahren dabei vor allem in Kommunen und Ländern erreichten Fortschritte, an denen die Volkssolidarität einen wichtigen Anteil hatte, weiter ausbauen. Insbesondere in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege sowie kommunale Entwicklung müssen ältere Menschen mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Belange auch bei wichtigen bundespolitischen Weichenstellungen nicht nur geltend zu machen, sondern mit zu entscheiden. Nach wie vor halten wir Seniorenpolitische Mitbestimmungsgesetze auf Bundes- wie auf Länderebene ebenso für dringend erforderlich, wie entsprechende Seniorenpolitische Gremien in allen Kommunen/Gemeinden.

Eine Politik für ältere Menschen messen wir nicht zuletzt daran, wie sie diesen Anforderungen gerecht wird – die Jüngeren entscheiden mit ihrem Engagement für Ältere nicht nur über die Lebensqualität ihrer Eltern- und Großeltern-generation, sondern auch darüber, wie sie als die zukünftige ältere Generationen leben werden. *Der vollständige Text der Erklärung ist unter www.volkssolidaritaet.de als pdf-Datei abrufbar.*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.11.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.12.2012

Einstellung im Internet: 06.01.2012

Auslieferung: 12.01.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Neu: Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel.

Vereinbarung auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr